Stadt Halle (Saale) 23.12.2021

**A u s z u g**

**aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 22.12.2021:**

**zu 8.1 Feststellung des Jahresabschlusses der Stadt Halle (Saale) zum 31.12.2020**
**Vorlage: VII/2021/03353**

---

**Abstimmungsergebnis:** **vertagt**

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat beschließt gem. § 120 Abs. 1 KVG LSA den geprüften Jahresabschluss 2020 mit einer Bilanzsumme von 2.022.014.393,57 EUR. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 5.756.700,67 EUR wird gemäß § 23 KomHVO auf neue Rechnung vorgetragen und aus der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 4.653.116,92 EUR und aus der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 1.103.583,75 EUR entnommen.

2. Der Stadtrat erteilt dem Oberbürgermeister gem. § 120 Abs. 1 KVG LSA für den Jahresabschluss zum 31.12.2020 die Entlastung.

F.d.R.

_____
Maik Stehle
Protokollführer

Stadt Halle (Saale) 23.12.2021

**A u s z u g**

**aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 22.12.2021:**

**zu 8.2 Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2022 sowie den Beteiligungsbericht 2020**
**Vorlage: VII/2021/03114**

---

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2022 mit dem Haushaltsplan 2022.
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2020 zur Kenntnis.

F.d.R.

_____
Maik Stehle
Protokollführer

Stadt Halle (Saale) 23.12.2021

**A u s z u g**

**aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 22.12.2021:**

**zu 8.2.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), der Fraktion BÜNDNIS90/ DIE GRÜNEN und der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Beschlschlussvorlage Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2022 sowie den Beteiligungsbericht 2020 (VII/2021/03114)**
**Vorlage: VII/2021/03393**

---

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich abgelehnt**

*22 Ja / 23 Nein / 5 Enthaltungen*

**Beschlussvorschlag:**

1. Antrag:

Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten und Hilfen in anderen Lebenslagen nach dem 8.und 9. Kapitel SGB XII- Produkt 1.31151 und Eingliederungsleistungen nach §16a SGB II – Produkt 1.31220

a) Die Transferleistungen für freie Träger (Pflichtleistungen) werden im Produkt 1.31151 von 550.500 Euro um 20.000 EURO auf 570.500 Euro erhöht.

b) Im Produkt 1.31220 werden die ordentlichen Aufwendungen um 10.000 Euro von 953.300 Euro auf 963.300 Euro erhöht.

Begründung:
Die Sachkosten und die Personalkosten der freien Träger werden sich im Jahr 2022 erhöhen. Um zumindest eine Angleichung von 1,5 % der Erhöhung der Personalkosten und einen gewissen Ausgleich der zu erwartenden Mehrbelastung bei den Sachkosten zu realisieren, ist eine Erhöhung der Fördermittel angebracht.

2. Antrag:

Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege; Produkt 133101

Die Transferaufwendungen werden in diesem Produkt von 497.500 Euro um 12.500 Euro auf 510.000 Euro erhöht.

Begründung: siehe oben

3. Antrag:

Haus der Wohnhilfe- Produkt 831540001; Investitionsplan

Die Auszahlungen für den Erwerb von beweglichen oder immateriellen Vermögensgegenständen werden von 2000 Euro um 10.000 Euro auf 12.000 Euro erhöht.

Begründung:
Diese zusätzlichen Mittel sollen für dringend benötigte abschließbare Schränke eingesetzt werden. Im vergangenen Haushaltsjahr konnten diese Mittel, die schon einmal beantragt waren, nicht umgesetzt werden. Deshalb erfolgt eine erneute Beantragung.

4. Antrag:

Unter dem Titel „Sachbearbeiter/in Eingliederungshilfe“ werden zwei weitere Personalstellen eingerichtet.
Die Personalaufwendungen/-auszahlungen werden entsprechend im Produkt 1.31411 Eingliederungshilfe nach SGB IX im Jahr 2022 um 68.800 Euro und ab 2023 um 137.600 Euro erhöht.

Begründung:
Die anfallenden Anträge auf Eingliederungsleistungen – besonders von ausländischen Familien mit behinderten Kindern- nimmt zu und ist derzeit von langen Bearbeitungszeiten aufgrund der Personalsituation geprägt. Die betroffenen Kinder, Jugendliche und Erwachsenen kommen dadurch erst verspätet in die für sie notwendigen Förderungen.

5. Antrag:

Unter dem Titel „Sozialarbeiter/in Seniorenarbeit“ wird eine weitere Stelle eingerichtet.
Die Personalaufwendungen/-auszahlungen werden entsprechend im Produkt 1.31121 Hilfe zur Pflege nach SGB XII im Jahr 2022 um 36.000 Euro und ab 2023 um 72.000 Euro erhöht.

Begründung:
Die demographische Entwicklung in der Stadt Halle zeigt, dass der Anteil der älteren Menschen sich vergrößert. Entsprechend entwickeln sich auch die Problemlagen, die gelöst werden müssen. Derzeit sind 3 Stellen dafür im Stellenplan vorgesehen. Die Anzahl reicht nicht aus um die eingehenden Anträge auf Hausbesuche, Beratung und Vermittlung in Hilfesysteme abzudecken.

6. Antrag:

a) Im städtischen Haushalt 2022 wird ein Härtefallfonds zur Vermeidung von Energiesperren eingerichtet, der mit 25.000 Euro ausgestattet wird.
b) Aus diesem Fond können nach Einzelfallprüfung durch das Sozialamt (und/oder Jobcenter) und entsprechendem Antrag Energieschulden beglichen und Wiederanschlusskosten nach Sperrung erstattet werden, sofern andere Möglichkeiten der Verhinderung von Energiesperren bzw. der Begleichung von Energieschulden bei Privathaushalten nicht bestehen.
c) Im Januar 2022 soll entsprechend Hannoveraner Vorbild ein Verein zur Verwaltung eines Härtefallfonds gegründet werden, dessen Träger SWH und Stadt Halle sind. Über ihn werden dann nach analoger Prüfung und auf Antrag von Sozialamt, Jobcenter bzw. Betroffenen die Übernahmen bzw. Erstattungen vorgenommen.

d) Der Fonds soll zukünftig über jährlich 50.000 Euro verfügen, die hälftig von beiden Trägern eingebracht werden.

Begründung:

Die Einrichtung eines Härtefallfonds kann bewirken, dass ein Teil der Energiesperrungen in Halle zukünftig verhindert wird. Neben den gesetzlichen bzw. regelhaften Möglichkeiten Energieschulden abzubauen, kann auf diese Weise im Einzelfall eine „Notentlastung“ betroffener Haushalte gewährt werden, bei denen anders eine Unterbrechung der Strom- oder sonstigen Energieversorgung nicht verhindert werden kann. Soweit bekannt, werden in Hannover über den Härtefallfonds etwa 20-25% der Sperrungen vermieden. Die auch finanzielle Beteiligung der Stadtwerke Halle am Fonds erscheint vor dem Hintergrund der öffentlichen Verpflichtung des Unternehmens sowie des Aufwands von Sperrungen bzw. Beitreibens von Ausständen, angemessen.

https://www.enercity.de/presse/pressemeldungen/2016/2016-08-26-enercity-haertefonds-fuenfjahresbilanz/index.html

7. Antrag:

Für Bürgerprojekte in den Quartieren ist ein Quartiersfonds von 50.000 Euro für die Gestaltung von vielfältigen Aktionen in den fünf städtischen Quartieren einzuplanen.
Im Produkt 1.11115 DLZ Bürgerbeteiligung werden „Aufwendungen/Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen“ entsprechend um 50.000 Euro ab 2022 erhöht.

Begründung:
Diese Summe entspricht rund 21 Cent je Einwohner und Jahr. Mit diesen Mitteln können in den Quartieren unter Verantwortung der Quartiermanager*innen eigenständig Veranstaltungen durchgeführt werden, wie Sommerkino, Weihnachtssingen, Frühjahrsfest, Lesungen, vielfältige Kinder- oder Familienfeste. In den vorhandenen Quartiersrunden, an denen die verschiedenen quartiersbezogenen Akteur*innen mitwirken, sollte über den Einsatz der Mittel entschieden werden.

8. Antrag:

Für die Erstellung eines Leitbildes zur Entwicklung des Stadtwaldes und für entsprechende Öffentlichkeitsarbeit werden in 2021 20.000 Euro im Fachbereich Umwelt eingestellt.

9. Antrag:

Im Fachbereich Umwelt wird eine Stelle ~~Teamleiter Forst~~ Revierförster mit E 11 ab dem Jahr 2023 eingerichtet. Die Personalaufwendungen/ -auszahlungen in Höhe von 62.000 Euro werden entsprechend im Fachbereich Umwelt ab dem Jahr 2023 erhöht.

10. Antrag:

Die Stelle Koordinator/-in für Präventionsarbeit, gegen Rassismus Gewalt und Kriminalität (E 11) wird ab dem Jahr 2022 um 0,25 VBE wieder auf 0,75 VBE erhöht.

Die Mehrpersonalaufwendungen/-auszahlungen in Höhe von 15.500 Euro werden entsprechend im DLZ Integration und Demokratie erhöht. (lt. vorliegendem Beschluss des Stadtrates)

11. Antrag:

Ab dem 1.01.2022 werden 2,00 VZS „Sachbearbeiter/in Familieninformationsbüro“ im Fachbereich Bildung mit der Entgeltgruppe E9b im Stellenplan dargestellt.
Die entstehenden Personalaufwendungen werden im Jahr 2022 um 60.000 EUR und ab dem Jahr 2023 um 120.000 Euro erhöht.

Begründung:

Bereits im Projektplan 2020 legte die Verwaltung für den Geschäftsbereich Bildung und Soziales als Ziel fest: „Im Rahmen des Präventionskonzeptes soll ein Familieninformationsbüro eingerichtet werden. Ziel ist, Familien mit Kindern kostenlos zu beraten und weiterführende Hilfs- und Freizeitangebote zu vermitteln.“[1]

In der vorgelegten Jugendhilfeplanung für die Jahre 2022-2025 führt die Verwaltung für das Themenfeld „Maßnahmen in der Familienarbeit“ aus: „Ein Familieninformationsbüro ist Wegweiser und Lotse zu den breit gefächerten Angeboten, Dienstleistungen und Veranstaltungen und somit eine zentrale Anlaufstelle für Familien in der Stadt Halle (Saale). Es bietet Information und Beratung zu einer familienfreundlichen Lebens- und Freizeitgestaltung, sowie Vermittlung in Angebote, die Familien in Krisensituationen Halt geben und sie bei der Alltagsbewältigung unterstützen. Zu diesem Zweck leistet das Familieninformationsbüro niedrigschwellige Anschubberatung.“ (Beschlussvorlage VII/2020/02106, S. 147)

Aktuell sind Träger der kommunalen Familienarbeit lediglich im „Qualitätszirkel Familienarbeit“ vernetzt. Mit dem kommunal getragenen Familieninformationsbüro soll hier das neue zentrale Organ einer multiprofessionellen und vernetzenden Arbeit aller Akteur*innen in dem Feld entstehen. Ein sukzessiver Aufbau des Büros sollte im Jahr 2021 erfolgen und bis 2022 abgeschlossen sein. Zur Umsetzung dieses Vorhabens werden im Stellenplan des Fachbereichs Bildung zwei Sachbearbeiter*innen eingestellt.

[1] http://www.halle.de/de/Verwaltung/Projektplan-2021/Projektplan-2020/index.aspx#GB4

12. Antrag:

Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen im Produkt 1.56141 Klimaschutz werden im Jahr 2022 und im Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung 2023-2025 um 300.000 EUR auf 330.000 EUR zur Finanzierung von Maßnahmen aus dem städtischen Klimaschutzkonzept, zur Fortschreibung des Konzeptes und für neue Klimaschutz- und Klimafolgenanpassungsmaßnahmen erhöht. Ziel ist insbesondere die Bereitstellung von Eigenmitteln für die Nutzung von Förderprogrammen.

13. Antrag:

Die Deckung der Mehraufwendungen bzw. -auszahlungen aus den Anträgen 1 – 12 für die Jahre 2022 – 2025 erfolgt aus dem zu erwartenden Mehrertrag bzw. Mehreinzahlungen bei der Grundsteuer B im Produkt 1.61101 Steuern, allgemeine Zuweisungen und Umlagen.

Das zu erwartende IST im Jahr 2021 liegt um mindestens 850.000 € über dem Planansatz 2021 und es ist mit einer Verstetigung in den Folgejahren zu rechnen.

F.d.R.

_____

Maik Stehle
Protokollführer

Stadt Halle (Saale) 23.12.2021

**A u s z u g**

**aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 22.12.2021:**

**zu 8.2.2 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2022 sowie den Beteiligungsbericht 2020, VII/2021/03114; hier: WOMAN IN JAZZ GmbH und Kunstverein Talstraße e.V.**
**Vorlage: VII/2021/03344**

---

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich abgelehnt**

18 Ja / 21 Nein / 7 Enthaltungen

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung ab Haushaltsjahr 2022 für die „WOMEN IN JAZZ“ GmbH **(20.000 Euro)** und den Kunstverein Talstraße e.V. **(83.000 Euro)** einen Zuwendungsvertrag für 3 Jahre abzuschließen.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer

Stadt Halle (Saale) 23.12.2021

**A u s z u g**

**aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 22.12.2021:**

**zu 8.2.3 Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2022 sowie den Beteiligungsbericht 2020, hier: Stellenplan FB Bildung**
**Vorlage: VII/2021/03464**

---

**Abstimmungsergebnis:** **zurückgezogen**

**Beschlussvorschlag:**

Ab dem 01.01.~~2021~~ **2022** werden 2,00 VZS „Sachbearbeiter/in Familieninformationsbüro“ im Fachbereich Bildung mit der Entgeltgruppe E9b im Stellenplan dargestellt.

**Zur Deckung wird die Stelle Referent/-in für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung (lfd. Nr. 70 in der Gruppe B. Arbeitnehmer) gestrichen. Außerdem werden die Einnahmen durch die Stellplatzablöse um 65.000 EUR auf 75.000 EUR erhöht.**

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer

Stadt Halle (Saale) 23.12.2021

**A u s z u g**

**aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 22.12.2021:**

**zu 8.2.4 Änderungsantrag der Fraktionen SPD und CDU zur Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2022 sowie den Beteiligungsbericht 2020 (Vorlagen-Nummer: VII/2021/03114)**
**Vorlage: VII/2021/03492**

---

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich abgelehnt**

*15 Ja / 18 Nein / 16 Enthaltungen*

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat beschließt für die Haushaltsjahre 2022 bis 2025 die Gewährung einer Zuwendung für den Kunstverein Talstraße e.V. in Höhe von 83.000 €.
2. Der Stadtrat beschließt für die Haushaltsjahre 2022 bis 2025 die Gewährung einer Zuwendung für die Women in Jazz gGmbH in Höhe von 20.000 €.
3. Der Stadtrat beschließt für die Haushaltsjahre 2022 bis 2025 die Gewährung einer Zuwendung für die Robert-Franz-Singakademie in Höhe von 10.000 €.
4. Die Auszahlung erfolgt für den o.g. Zeitraum aus dem Produkt 1.28102 Pflege von Kunst und Kultur – hier: Projektförderung für kulturelle Zwecke, Sonstige Bereiche Musik, Literatur, Bildende Kunst, Kulturveranstaltungen und weitere Initiativen.
5. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, Zuwendungsverträge für die Jahre 2022 bis 2025 mit dem Kunstverein Talstraße e.V., der Women in Jazz gGmbH und der Robert-Franz-Singakademie e.V. abzuschließen.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer

Stadt Halle (Saale) 23.12.2021

**A u s z u g**

**aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 22.12.2021:**

**zu 8.2.5 Antrag der CDU-Fraktion zur Erhöhung des städtischen Zuschusses für die Stiftung Händel-Haus im Wirtschaftsjahr 2022**
**Vorlage: VII/2021/03041**

---

**Abstimmungsergebnis:** **abgesetzt**

**Beschlussvorschlag:**

Der Zuschuss der Stadt Halle (Saale) zur Stiftung Händel-Haus wird im Jahr 2022 um 50T€ auf insgesamt 1.978.000 € erhöht.

F.d.R.

_____
Maik Stehle
Protokollführer

Stadt Halle (Saale) 23.12.2021

**A u s z u g**

**aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 22.12.2021:**

**zu 8.2.6 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Einführung eines Frauennachttaxis**
**Vorlage: VII/2020/01660**

---

**Abstimmungsergebnis:** **zurückgezogen**

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Einführung eines Frauennachttaxis oder eines ähnlichen Konzepts zur Rabattierung von Taxifahrten für Frauen zu prüfen und dem Stadtrat bis zum November 2020 eine Kalkulation und einen Beschlussvorschlag vorzulegen.

2. Das Frauennachttaxi soll an allen Wochentagen, in den Sommermonaten jeweils im Zeitraum zwischen 22 Uhr und 5 Uhr und in den dunklen Wintermonaten von 21 Uhr bis 6 Uhr benutzt werden können, wobei der Eigenanteil der Frauen einen geringen Beitrag nicht übersteigen soll.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer

Stadt Halle (Saale) 23.12.2021

**A u s z u g**

**aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 22.12.2021:**

**zu 8.2.7 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2022 sowie den Beteiligungsbericht 2020" VII/2021/03114 – hier: Aufwendungen des Dienstleistungszentrum Klimaschutz Vorlage: VII/2021/03497**

---

**Abstimmungsergebnis:** **zurückgezogen**

**Beschlussvorschlag:**

Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen im Produkt 1.56141 Klimaschutz werden im Jahr 2022 und im Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung 2023-2025 um 300.000 EUR auf 330.000 EUR zur Finanzierung von Maßnahmen aus dem städtischen Klimaschutzkonzept, zur Fortschreibung des Konzeptes und für neue Klimaschutz- und Klimafolgenanpassungsmaßnahmen erhöht. Ziel ist insbesondere die Bereitstellung von Eigenmitteln für die Nutzung von Förderprogrammen.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer

Stadt Halle (Saale) 23.12.2021

**A u s z u g**

**aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 22.12.2021:**

**zu 8.2.8 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2022 sowie den Beteiligungsbericht 2020 (VII/2021/03114); hier: Schülerbeförderung für die Sportabzeichentage an städtischen Grundschulen Vorlage: VII/2021/03504**

---

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich abgelehnt**

**Beschlussvorschlag:**

Zur Finanzierung der gemeinschaftlichen Schülerbeförderung von Grundschülern zu den Sportstätten der Sportabzeichentage des Stadtsportbundes werden im Produkt: 1.24101 Schülerbeförderung (S. 982) die Aufwendungen um 20.000 Euro erhöht. Der Ansatz 2022 erhöht sich von -5.302.832 Euro auf -5.322.832 Euro.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer

Stadt Halle (Saale) 23.12.2021

**A u s z u g**

**aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 22.12.2021:**

**zu 8.2.9 Änderungsantrag der AfD- Stadtratsfraktion zur Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2022 sowie den Beteiligungsbericht 2020 (Vorlagen-Nummer: VII/2021/03114) Vorlage: VII/2021/03541**

---

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich abgelehnt**

**Beschlussvorschlag:**

Der Ansatz 2022 für das Produkt 1.11107 Amtsblatt, Pressearbeit u. Printpublikat. wird in Zeile 14 „Sonstige ordentliche Aufwendungen“ um 132.300 € erhöht.

Die Deckung erfolgt aus:

Leistung 1.11120.04 Demokratie und Präventionsrat – Minderung um 132.300 €.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer

Stadt Halle (Saale) 23.12.2021

**A u s z u g**

**aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 22.12.2021:**

**zu 8.3 Jahresabschluss 2020 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA)**
**Vorlage: VII/2021/03257**

---

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

I. Der mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des Fachbereich Rechnungsprüfung versehene Jahresabschluss für den Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale) für das Wirtschaftsjahr 2020 wird wie folgt festgestellt:

**Feststellung des Jahresabschlusses**

| | | |
|---|---|---|
| *1.* | *Bilanzsumme* | *13.949.893,61 EUR* |
| 1.1. | davon entfallen auf der Aktivseite auf | |
| | • das Anlagevermögen | 34.232,67 EUR |
| | • das Umlaufvermögen | 13.913.311,89 EUR |
| 1.2. | davon entfallen auf der Passivseite auf | |
| | • das Eigenkapital | 37.046,30 EUR |
| | • den Sonderposten | 584.974,77 EUR |
| | • die Rückstellungen | 97.230,97 EUR |
| | • die Verbindlichkeiten | 13.230.641,57 EUR |
| *2.* | *Jahresüberschuss* | *0,00 EUR* |
| 3. | Summe der Erträge | 5.969.564,40 EUR |

4. Summe der Aufwendungen 5.969.564,40 EUR

II. Dem Betriebsleiter des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung wird für das Wirtschaftsjahr 2020 gemäß §19 (4) Ziff. 3 EigBG LSA Entlastung erteilt.

F.d.R.

_____

Maik Stehle
Protokollführer

Stadt Halle (Saale) 23.12.2021

**A u s z u g**

**aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 22.12.2021:**

## zu 8.4 Wirtschaftsplan 2022 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA) Vorlage: VII/2021/03258

---

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Stadtrat stimmt dem Wirtschaftsplan 2022 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale) in vorliegender Fassung zu.

**Wirtschaftsplan 2022:**

Erfolgsplan

| | |
|---|---|
| Gesamterträge | 6.571.721,00 EUR |
| Gesamtaufwendungen | 6.571.721,00 EUR |

Vermögensplan

| | |
|---|---|
| Gesamteinnahmen | 56.017,00 EUR |
| Gesamtausgaben | 56.017,00 EUR |

Im Wirtschaftsplan 2022 sind Kreditaufnahmen und Verpflichtungsermächtigungen sowie Kassenkredite nicht vorgesehen.

F.d.R.

_____

Maik Stehle
Protokollführer

Stadt Halle (Saale) 23.12.2021

**A u s z u g**

**aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 22.12.2021:**

**zu 8.5 Jahresabschluss 2020 des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale)**
**Vorlage: VII/2021/03357**

---

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

I. Der mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft versehene Jahresabschluss für den Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) für das Wirtschaftsjahr 2020 wird wie folgt festgestellt:

1. Feststellung des Jahresabschlusses

| | | |
|---|---|---|
| *1.1.* | *Bilanzsumme* | *61.746.788,48 EUR* |
| 1.1.1. | davon entfallen auf der Aktivseite auf | |
| | • das Anlagevermögen | 54.236.295,67 EUR |
| | • das Umlaufvermögen | 7.510.014,46 EUR |
| 1.1.2. | davon entfallen auf der Passivseite auf | |
| | • das Eigenkapital | 20.105.613,35 EUR |
| | • den Sonderposten | 29.682.814,68 EUR |
| | • die Rückstellungen | 3.633.102,54 EUR |
| | • die Verbindlichkeiten | 8.210.660,04 EUR |
| **1.1.3.** | ***Jahresfehlbetrag*** | ***1.043.425,72 EUR*** |
| 1.1.4. | Summe der Erträge | 52.961.144,85 EUR |
| 1.1.5. | Summe der Aufwendungen | 54.004.867,57 EUR |

2. Behandlung des Jahresfehlbetrages

2.1. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.043.425,72 EUR wird auf neue Rechnung vorgetragen.

II. Dem Betriebsleiter des Eigenbetriebes Kindertagesstätten Halle (Saale) wird für das Wirtschaftsjahr 2020 gemäß §19 (4) Ziff. 3 EigBG LSA Entlastung erteilt.

F.d.R.

_____

Maik Stehle
Protokollführer

Stadt Halle (Saale) 23.12.2021

**A u s z u g**

**aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 22.12.2021:**

**zu 8.6 Entlastung der Geschäftsführerin und der Mitglieder des Aufsichtsrates der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle für das Geschäftsjahr 2020**
**Vorlage: VII/2021/03366**

---

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Der städtische Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) wird angewiesen, in der Gesellschafterversammlung der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Geschäftsführerin der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle, Frau Uta van den Broek, wird für das Geschäftsjahr 2020 Entlastung erteilt.

2. Den Mitgliedern des Aufsichtsrates der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle wird für das Geschäftsjahr 2020 Entlastung erteilt.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer

Stadt Halle (Saale) 23.12.2021

**A u s z u g**

**aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 22.12.2021:**

**zu 8.7 Wirtschaftsplan 2022 der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle**
**Vorlage: VII/2021/03364**

---

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Der gesetzliche Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) wird angewiesen, in der Gesellschafterversammlung der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle folgenden Beschluss zu fassen:

> Der Wirtschaftsplan der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle für das Geschäftsjahr 2022 wird beschlossen.

F.d.R.

_____
Maik Stehle
Protokollführer

Stadt Halle (Saale) 23.12.2021

**A u s z u g**

**aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 22.12.2021:**

**zu 8.8 Ermächtigung zur Darlehensaufnahme**
**Vorlage: VII/2021/03411**

---

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt, die Stadtverwaltung zu ermächtigen, unter Berücksichtigung des § 108 in Verbindung mit § 99 Abs. 5 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA), im Rahmen der genehmigten Kreditermächtigung 2020 in Höhe von maximal 61.425.400,00 EUR, langfristige Investitionsdarlehen mit folgenden konkreten Ausstattungsmerkmalen aufzunehmen:

| | |
|---|---|
| Nominalbetrag: | 13.821.500,00 bzw. 19.560.900,00 EUR |
| Aufnahmezeitpunkt: | spätestens bis zum 31.01.2022 |
| Laufzeit: | 20 Jahre |
| Zinsbindung: | 10 Jahre |

Der zu zahlende Zinssatz darf dabei 1,00% p.a. nicht überschreiten.

F.d.R.

_____
Maik Stehle
Protokollführer

Stadt Halle (Saale) 23.12.2021

**A u s z u g**

**aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 22.12.2021:**

**zu 8.9 Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2021 im Fachbereich Bildung Vorlage: VII/2021/03352**

---

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

I. Der Stadtrat beschließt die überplanmäßigen Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2021 im Ergebnishaushalt für folgendes Produkt im Fachbereich Bildung:

1.36101 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen (HHPL S. 1147)
Sachkontengruppe 54* Sonstige ordentliche Aufwendungen in Höhe von 1.191.200 EUR.

II. Der Stadtrat beschließt die überplanmäßigen Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2021 im Finanzhaushalt für folgende Finanzstelle im Fachbereich Bildung:

21_4-510_2 Jugend (HHPL S. 1191)
Finanzpositionsgruppe 74* Sonstige Auszahlungen in Höhe von 1.191.200 EUR.

Die Deckung im Ergebnishaushalt erfolgt aus folgendem Produkt:

1.36101 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen (HHPL S. 1147)
Sachkontengruppe 44* Privatrechtliche Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und Kostenumlagen in Höhe von 1.191.200 EUR

Die Deckung im Finanzhaushalt erfolgt aus folgender Finanzstelle:

21_4-510_2 Jugend (HHPL S. 1191)
Finanzpositionsgruppe 64* Privatrechtliche Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und Kostenumlagen in Höhe von 1.191.200 EUR

F.d.R.

_____
Maik Stehle
Protokollführer

Stadt Halle (Saale) 23.12.2021

**A u s z u g**

**aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 22.12.2021:**

**zu 8.10 Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen**
**Vorlage: VII/2021/03391**

---

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA die Annahme der nachstehenden Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen.

1. Sachspende der Berufsbildende Schulen V, Klosterstr. 9, 06108 Halle (Saale) in Höhe von 5.572,77 EUR für 7 TFT Monitore.
   (PSP-Element 8.23101001.710.100 Berufsbildende Schulen)

2. Geldspende der Saalesparkasse Halle (Saale) – PS-Lotteriesparen, Rathausstr. 5, 06108 Halle (Saale) in Höhe von 6.000,00 EUR für die Kindertagesstätte „Däumelinchen“
   (PSP-Element 1.36501 - Betrieb von Kindertageseinrichtungen)

3. Geldspende der BTK Binnewies Kurch Streuber, Steuerberater- und Rechtsanwaltssozietät, Rudolf-Breitscheid-Str. 10, 06110 Halle (Saale) in Höhe von 1.500,00 EUR für die Kindertagesstätte „Froschkönig“
   (PSP-Element 1.36501 - Betrieb von Kindertageseinrichtungen)

F.d.R.

_____
Maik Stehle
Protokollführer

Stadt Halle (Saale) 23.12.2021

**A u s z u g**

**aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 22.12.2021:**

**zu 8.11 Besetzung des Engagement-Beirates**
**Vorlage: VII/2021/03436**

---

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat beruft gemäß § 6 Absatz 1 der Richtlinie zur Förderung und Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements i. V. m. § 79 Kommunalverfassungsgesetz Land Sachsen-Anhalt für die Dauer von zwei Jahren einen Engagement-Beirat, in den folgende Personen als Mitglied berufen werden:

| | | |
|---|---|---|
| 1. | Oliver Paulsen | Stadtverwaltung Halle (Saale) |
| 2. | Karen Leonhardt | Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V. |
| 3. | Ulrike Rühlmann | Bürgerstiftung Halle |
| 4. | Torsten Bau | Arbeitskreis Christlicher Kirchen |
| 5. | Hendryk Stör | Technisches Hilfswerk Ortsverband Halle-Saalkreis |
| 6. | Dr. Peter Piechotta | LIGA der Freien Wohlfahrtspflege der Stadt Halle |
| 7. | Oliver Thiel | Stadtsportbund Halle e. V. |
| 8. | Dr. Tarek Ali | Verband der Migrantenorganisationen Halle (Saale) e.V. |
| 9. | Leander Knorre | Kinder- und Jugendrat Halle (Saale) |
| 10. | Manfred Czock | Seniorenvertretung der Stadt Halle (Saale) |
| 11. | Meik Voigt | Selbsthilfekontaktstelle Halle-Saalekreis |
| 12. | Thomas Senger | Stadtelternrat |
| 13. | Lydia Viloria | Freiraumbüro Halle |
| 14. | Arne Arend | Studierendenrat der Martin-Luther-Universität |
| 15. | Sylvia Schuster | Bund für Umwelt und Naturschutz BUND |

2. Als beratende Mitglieder im Engagement-Beirat werden folgende Vertretungen der Fraktionen des Stadtrates berufen:

    1. Ute Haupt – Fraktion DIE LINKE.im Stadtrat Halle (Saale)
    2. Claudia Schmidt – CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

3. Dr. Annette Kreutzfeldt – Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
4. Carsten Heym – AfD-Stadtratsfraktion halle
5. Tim Atkins – Fraktion MitBürger & DIE PARTEI
6. Claudia Rohrbach – Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler
7. Annika Seidel-Jähnig – SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
8. Helga Schubert – Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)

F.d.R.

_____

Maik Stehle
Protokollführer

Stadt Halle (Saale) 23.12.2021

**A u s z u g**

**aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 22.12.2021:**

**zu 8.12 Abfallwirtschaftskonzept 2021 für die Stadt Halle (Saale)**
**Vorlage: VII/2021/03173**

---

**Abstimmungsergebnis:** **vertagt**

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt das Abfallwirtschaftskonzept 2021 für die Stadt Halle (Saale).

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer

Stadt Halle (Saale) 23.12.2021

**A u s z u g**

**aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 22.12.2021:**

**zu 8.13 Verwendung der Mittel gemäß § 8 und § 9 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr im Land Sachsen-Anhalt (ÖPVNG LSA) für das Jahr 2022, die Höhe der Mittel für den Ausgleich verbundbedingter Belastungen und die Mehraufwendungen im Stadtbahnprogramm**
**Vorlage: VII/2021/03345**

---

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt, die Verwendung der Mittel gemäß § 8 und § 9 ÖPNVG LSA, die Höhe des Ausgleiches verbundbedingter Belastungen und die Mehraufwendungen im Stadtbahnprogramm.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer

Stadt Halle (Saale) 23.12.2021

**A u s z u g**

**aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 22.12.2021:**

**zu 8.14 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 209 Wohn- und Geschäftsquartier Tuchrähmen/ Mansfelder Straße - Aufstellungsbeschluss**
**Vorlage: VII/2021/02452**

---

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 209 „Wohn- und Geschäftsquartier Tuchrähmen/ Mansfelder Straße“ aufzustellen.

2. Der Geltungsbereich umfasst die in der Anlage 2 zu diesem Beschluss dargestellten Flächen. Der Geltungsbereich umfasst eine Fläche von ca. 0,7 ha. Der aufzustellende vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 209 soll bei Inkrafttreten den Bebauungsplan Nr. 13 Teil 2 Baugebiet "Spitze" Teil 2, Mansfelder Straße / Ankerstraße in diesem Bereich ersetzen.

3. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung genannten Planungsziele mit folgenden Ergänzungen und Änderungen bei den Planungszielen und –zwecken (Punkt 3 der Begründung, S. 6ff):“

   a) Städtebau:
      - *Sanierung der Bestandsgebäude:* Erhaltung und denkmalgerechte Sanierung der Vorderhäuser Mansfelder Straße 58-60 sowie des Hinterhauses Mansfelder Straße 59

   b) Nutzungsarten und –ziele:
      - *Gemischte Nutzung als Wohn- und Geschäftsquartier:* Schaffung von Flächen für Wohnen für verschiedene Nutzergruppen und nicht-störendes Gewerbe (Büros, Dienstleistungen, kleinteilige Verkaufsfläche für Nahversorgung in zentraler und sehr gut mit ÖPNV angebundener innerstädtischer Lage

c) Verkehrserschließung:
   - Umsetzung alternativer Mobilitätskonzepte und Verlagerung der Tiefgarage ausschließlich in den Bereich Tuchrähmen (siehe Skizze)

d) Grünplanung, Umweltbelange und Klimaschutz
   - *Integration von Dach- und Fassadenbegrünung sowie Photovoltaik auf dem Dach:* Zur Verbesserung der Regenwasserspeicherung und des Mikroklimas erfolgt eine großflächige Begrünung der Dachflächen und eine teilweise Begrünung der Fassaden im Bereich der Innenhöfe. Auf den Dächern sorgen Photovoltaikanlagen für die lokale Erzeugung erneuerbarer Energie.

e)
   - Erhalt des vorhandenen Großbaumes (Rosskastanie)“

4. Das Planverfahren soll im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB durchgeführt werden.

5. Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechend der Zielstellungen des Wohnungspolitischen Konzeptes der Stadt Halle zur sozialen Mischung und Vermeidung von Segregation festzusetzen, dass 15 Prozent der neu geschaffenen Wohnfläche für die soziale Wohnraumversorgung genutzt werden sollen.

6. Die Stadt schließt mit dem Investor eine vertragliche Vereinbarung. Diese Vereinbarung schreibt fest, dass insgesamt 15 Prozent der neu geschaffenen Wohnfläche der sozialen Wohnraumversorgung dienen sollen. Weiter konkretisiert der Vertrag diese Festschreibung dahingehend, dass zur Erreichung des Ziels zehn Prozent der neu geschaffenen Wohnfläche für 15 Jahre zu einem Mietzins vermietet werden, der den aktuell gültigen Satz der Kosten der Unterkunft um nicht mehr als 20 Prozent übersteigen darf. Weiterhin ist zu vereinbaren, dass weitere fünf Prozent der neu geschaffenen Wohnfläche für zehn Jahre zu einem Mietzins vermietet werden, der den aktuell gültigen Satz der Kosten der Unterkunft um nicht mehr als 20 Prozent übersteigen darf. Bezugsgröße des Mietzinses ist die Bruttokaltmiete.

   Der Inhalt der Vereinbarung ist in die Begründung des Bebauungsplanes aufzunehmen.

F.d.R.

_____

Maik Stehle
Protokollführer

Stadt Halle (Saale) 23.12.2021

**A u s z u g**

**aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 22.12.2021:**

**zu 8.14.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 209 Wohn-und Geschäftsquartier Tuchrähmen/ Mansfelder Straße - Aufstellungsbeschluss (VII/2021/02452) Vorlage: VII/2021/03452**

---

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich abgelehnt**

*22 JA / 23 Nein / 5 Enthaltungen*

**Beschlussvorschlag:**

Der Beschlussvorschlag wird um folgenden Beschlusspunkt ergänzt:

**5**. Zwanzig Prozent der Wohneinheiten sollen für mindestens 15 Jahre zu einem Netto-Kaltmietpreis bereitgestellt werden, der die Höhe des jeweils aktuellen KdU-Richtwerts plus 20 Prozent nicht übersteigt. Dazu schließt die Gemeinde mit dem Vorhabenträger **eine vertragliche Vereinbarung ab**. ~~einen Städtebaulichen Vertrag ab (§11 BauGB Abs. 1.2.).~~ **Der Inhalt der Vereinbarung ist in die Begründung des Bebauungsplanes aufzunehmen.**

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer

Stadt Halle (Saale) 23.12.2021

**A u s z u g**

**aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 22.12.2021:**

**zu 8.14.2 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 209 Wohn- und Geschäftsquartier Tuchrähmen/ Mansfelder Straße – Aufstellungsbeschluss" (VII/2021/02452) Vorlage: VII/2021/03371**

---

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

*26 Ja / 22 Nein / 1 Enthaltung*

**Beschluss:**

1. Beschlusspunkt 3 wird wie folgt ergänzt:

„3. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung genannten Planungsziele **mit folgenden Ergänzungen und Änderungen bei den Planungszielen und –zwecken (Punkt 3 der Begründung, S. 6ff):**“

**e)** Städtebau:
- *Sanierung der Bestandsgebäude:* Erhaltung und denkmalgerechte Sanierung der Vorderhäuser Mansfelder Straße 58-60 **sowie des Hinterhauses Mansfelder Straße 59**

**f)** Nutzungsarten und –ziele:
- *Gemischte Nutzung als Wohn- und Geschäftsquartier:* Schaffung von Flächen für Wohnen für verschiedene Nutzergruppen und nicht-störendes Gewerbe (Büros, Dienstleistungen, ~~Discounter als Nahversorger~~, **kleinteilige Verkaufsfläche für Nahversorgung** ~~max. 899m², Geschossfläche max. 1.199m²~~) in zentraler und sehr gut mit ÖPNV angebundener innerstädtischer Lage

**g)** Verkehrserschließung:
- ~~*Verlagerung des ruhenden Pkw-Verkehrs weitgehend in das Innere des Baukörpers:* Tiefgarage für Bewohner- und Kundenverkehr unter Berücksichtigung der besonderen Anforderungen der Hochwasservorsorge~~

- **Umsetzung alternativer Mobilitätskonzepte und ~~Verzicht auf die Errichtung einer eigenen Tiefgarage aufgrund der besonderen Gefährdung durch Hochwasserereignisse~~, Verlagerung der Tiefgarage ausschließlich in den Bereich Tuchrähmen (siehe Skizze)**

**h)** Grünplanung, Umweltbelange und Klimaschutz

- *Integration von Dach- und Fassadenbegrünung* ***sowie Photovoltaik auf dem Dach****:* Zur Verbesserung der Regenwasserspeicherung und des Mikroklimas erfolgt eine großflächige Begrünung der Dachflächen und eine teilweise Begrünung der Fassaden im Bereich der Innenhöfe. **Auf den Dächern sorgen Photovoltaikanlagen für die lokale Erzeugung erneuerbarer Energie.**
- ~~*Pflanzung von Großbäumen:* für den zu entfernenden Großbaum (Kastanie) werden acht Großbäume (Stammumfang 18/20 cm) gepflanzt (1 im Innenhof, 2 straßenbegleitend in der oberhalb der Böschung vorhandenen Grünfläche zwischen Tuchrähmen und Flutgraben sowie 5 weitere vorzugsweise auf nahe gelegenen öffentlichen Flächen)~~

**e)**

- **Erhalt des vorhandenen Großbaumes (Rosskastanie)**“

F.d.R.

_____

Maik Stehle
Protokollführer

Stadt Halle (Saale) 23.12.2021

**A u s z u g**

**aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 22.12.2021:**

**zu 8.14.3 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur Beschlussvorlage Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 209 Wohn- und Geschäftsquartier Tuchrähmen/ Mansfelder Straße - Aufstellungsbeschluss (Vorlagen-Nummer: VII/2021/02452) Vorlage: VII/2021/03440**

---

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Beschlussvorschlag erhält ~~einen~~ **die** Beschlusspunkt**e** 5 **und 6** mit folgende**n**~~m~~ Inhalt**en**:

~~5. Die Stadt schließt mit dem Investor einen Durchführungsvertrag. Dieser Durchführungsvertrag regelt insbesondere die Bereitstellung von sozialem Wohnraum. So ist zu vereinbaren, dass zehn Prozent der Wohneinheiten für 15 Jahre zu einem Mietzins vermietet werden, der den aktuell gültigen Satz der Kosten der Unterkunft um nicht mehr als 20 Prozent übersteigen darf. Weiterhin ist zu vereinbaren, dass weitere fünf Prozent der Wohneinheiten für zehn Jahre zu einem Mietzins vermietet werden, der den aktuell gültigen Satz der Kosten der Unterkunft um nicht mehr als 20 Prozent übersteigen darf.~~

**5. Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechend der Zielstellungen des Wohnungspolitischen Konzeptes der Stadt Halle zur sozialen Mischung und Vermeidung von Segregation festzusetzen, dass 15 Prozent der neu geschaffenen Wohnfläche für die soziale Wohnraumversorgung genutzt werden sollen.**

**6. Die Stadt schließt mit dem Investor eine vertragliche Vereinbarung. Diese Vereinbarung schreibt fest, dass insgesamt 15 Prozent der neu geschaffenen Wohnfläche der sozialen Wohnraumversorgung dienen sollen. Weiter konkretisiert der Vertrag diese Festschreibung dahingehend, dass zur Erreichung des Ziels zehn Prozent der neu geschaffenen Wohnfläche für 15 Jahre zu einem Mietzins vermietet werden, der den aktuell gültigen Satz der Kosten der Unterkunft um nicht mehr als 20 Prozent übersteigen darf. Weiterhin ist zu vereinbaren, dass weitere fünf Prozent der neu geschaffenen Wohnfläche für zehn Jahre zu einem Mietzins**

**vermietet werden, der den aktuell gültigen Satz der Kosten der Unterkunft um nicht mehr als 20 Prozent übersteigen darf. Bezugsgröße des Mietzinses ist die Bruttokaltmiete.**
**Der Inhalt der Vereinbarung ist in die Begründung des Bebauungsplanes aufzunehmen.**

F.d.R.

_____
Maik Stehle
Protokollführer

Stadt Halle (Saale) 23.12.2021

**A u s z u g**

**aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 22.12.2021:**

**zu 8.15 Satzung über die teilweise Aufhebung des Sanierungsgebietes Nr. 2**
**Vorlage: VII/2021/03244**

---

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat beschließt auf der Grundlage des § 162 Abs. 1 Nr. 1 Baugesetzbuch (BauGB) die in der Anlage 1 beigefügte Satzung der Stadt Halle (Saale) über die teilweise Aufhebung der Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes Nr. 2 „Altindustriestandorte Merseburger Straße mit dem Gründerzeitviertel Südliche Vorstadt“.

2. Der Geltungsbereich der Aufhebungssatzung umfasst die in der Anlage 2 zu diesem Beschluss im Lageplan vom 21.10.2021 dargestellten Flächen und in der Anlage 3 in der Flurstücksliste vom 21.10.2021 aufgeführten Grundstücke und Grundstücksteile

3. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung dargestellte Begründung zur Teilaufhebung.

F.d.R.

_____
Maik Stehle
Protokollführer

Stadt Halle (Saale) 23.12.2021

**A u s z u g**

**aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 22.12.2021:**

**zu 8.16 Verlängerung der Sanierungssatzung Nr. 2 im Teilgebiet B**
**Vorlage: VII/2021/03246**

---

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat beschließt, den Durchführungszeitraum der rechtskräftigen Sanierungssatzung „Altindustriestandorte Merseburger Straße mit dem Gründerzeitviertel Südliche Vorstadt“ gemäß § 142 Abs. 3 Satz 4 BauGB über den gemäß § 235 Abs. 4 BauGB gesetzlich festgelegten Zeitraum, datiert mit dem 31.12.2021, für das „Teilgebiet B“ um fünf Jahre bis zum 31.12.2026 zu verlängern.

2. Der Geltungsbereich des „Teilgebietes B“, für das eine Verlängerung des Durchführungszeitraums beschlossenen wird, ist in der Anlage 1 zu diesem Beschluss im Lageplan vom 21.10.2021 dargestellt, die betroffenen Grundstücke und Grundstücksteile sind in der Anlage 3 Flurstücksliste vom 21.10.2021 aufgeführt.

3. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung dargestellte Begründung zur Verlängerung des Durchführungszeitraumes.

F.d.R.

_____
Maik Stehle
Protokollführer

Stadt Halle (Saale) 23.12.2021

**A u s z u g**

**aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 22.12.2021:**

**zu 8.17 Teilnahme der Stadt Halle (Saale) am EU-Förderprogramm LEADER/CLLD**
**Vorlage: VII/2021/03342**

---

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt, dass sich die Stadt Halle (Saale) für die Förderperiode 2021 bis 2027 um die Teilnahme am EU-Förderprogramm LEADER/CLLD bewirbt.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer

Stadt Halle (Saale) 23.12.2021

**A u s z u g**

**aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 22.12.2021:**

**zu 8.18 Gewährung von Corona-Billigkeitsleistungen des Landes Sachsen-Anhalt an die Hallesche Verkehrs-AG (HAVAG) im und für das Jahr 2021**
**Vorlage: VII/2021/03228**

---

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, das Verfahren zur Gewährung von Billigkeitsleistungen nach Maßgabe der Richtlinie Corona-Billigkeitsleistungen ÖSPV LSA 2021 weiterzubetreiben.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, vorbehaltlich des Bewilligungsbescheids des Landesverwaltungsamts Sachsen-Anhalt, Billigkeitsleistungen an die HAVAG weiterzuleiten.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer

Stadt Halle (Saale) 23.12.2021

**A u s z u g**

**aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 22.12.2021:**

**zu 8.19 Aufstellung des Kunstwerkes "Kristallsäulen" von Rainer Henze für den neuen Eingangsbereich der Saline**
**Vorlage: VII/2021/03241**

---

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt die Aufstellung des Kunstwerkes „Kristallsäulen“ von Rainer Henze im neuen Eingangsbereich vor der Saline.

F.d.R.

_____
Maik Stehle
Protokollführer

Stadt Halle (Saale) 23.12.2021

**A u s z u g**

**aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 22.12.2021:**

**zu 8.20 Zuwendung an den Verein Hallesches Salinemuseum e.V. im Haushaltsjahr 2022**
**Vorlage: VII/2021/03305**

---

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat beschließt für das Haushaltsjahr 2022 die Gewährung einer Zuwendung an den Verein Hallesches Salinemuseum e.V. in Höhe von maximal 210.000 Euro.

   Die Zuwendung wird vorbehaltlich der Bestätigung des Haushaltsplans 2022 sowie des tatsächlichen Mittelbedarfs des Vereins ausgereicht.

2. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, mit dem Verein Hallesches Salinemuseum e.V. einen Zuwendungsvertrag für das Jahr 2022 abzuschließen.

3. Der Stadtrat beschließt, die Förderung des Halleschen Salinemuseums e.V. ab dem Jahr 2023 bis 2025, längstens bis zur Eröffnung des Salinemuseums, über eine Zuwendungsvereinbarung fortzusetzen. Die Höhe der Förderung ist abhängig von den durchzuführenden Projekten und sie beträgt maximal 220.000 Euro.

4. Die detaillierte Zuwendungsvereinbarung für die Jahre 2023 bis 2025 ist dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

5. Dem Stadtrat wird bis Oktober 2022 rechtzeitig vor Eröffnung des Salinemuseums eine Beschlussvorlage vorgelegt, in der alle in Betracht kommenden, zukünftigen Betreibermodelle in einem Variantenvergleich vorgestellt und qualifiziert werden (inkl. Pro- und Contra, Kosten etc.). Hierfür und für die Konzepterstellung wird eine Ausschreibung durchgeführt. Der Stadtrat entscheidet auf dieser Grundlage über das Modell für die Betreibung des Salinemuseums.

F.d.R.

_____

Maik Stehle
Protokollführer

Stadt Halle (Saale) 23.12.2021

**A u s z u g**

**aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 22.12.2021:**

**zu 8.20.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und der SPD-Fraktion zur Beschlussvorlage Zuwendung an den Verein Hallesches Salinemuseum e.V. im Haushaltsjahr 2022 Vorlage: VII/2021/03442**

---

**Abstimmungsergebnis:** **erledigt**

**Beschlussvorschlag:**

6. Der Stadtrat beschließt für das Haushaltsjahr 2022 die Gewährung einer Zuwendung an den Verein Hallesches Salinemuseum e.V. in Höhe von maximal 210.000 Euro.

   Die Zuwendung wird vorbehaltlich der Bestätigung des Haushaltsplans 2022 sowie des tatsächlichen Mittelbedarfs des Vereins ausgereicht.

7. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, mit dem Verein Hallesches Salinemuseum e.V. einen Zuwendungsvertrag für das Jahr 2022 abzuschließen.

8. Der Stadtrat beschließt, die Förderung des Halleschen Salinemuseums e.V. ab dem Jahr 2023 bis 2025, längstens bis zur Eröffnung des Salinemuseums, über eine Zuwendungsvereinbarung fortzusetzen. Die Höhe der Förderung ist abhängig von den durchzuführenden Projekten und sie beträgt maximal 220.000 Euro.

9. **Die detaillierte Zuwendungsvereinbarung für die Jahre 2023 bis 2025 ist dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.**

10. ~~**Rechtzeitig vor der Wiedereröffnung des Technischen Halloren- und Salinemuseums hat eine Ausschreibung zur Betreibung des Museums zu erfolgen.**~~

    **Dem Stadtrat wird bis Oktober 2022 rechtzeitig vor Eröffnung des Salinemuseums eine Beschlussvorlage vorgelegt, in der alle in Betracht kommenden, zukünftigen Betreibermodelle in einem Variantenvergleich vorgestellt und qualifiziert werden (inkl. Pro- und Contra, Kosten etc.). Hierfür**

**und für die Konzepterstellung wird eine Ausschreibung durchgeführt. Der Stadtrat entscheidet auf dieser Grundlage über das Modell für die Betreibung des Salinemuseums.**

F.d.R.

_____

Maik Stehle
Protokollführer

Stadt Halle (Saale) 23.12.2021

**A u s z u g**

**aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 22.12.2021:**

**zu 8.21 Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII - Teilplanung Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertagesbetreuung in der Stadt Halle (Saale) vom 01.01.2022 bis 31.12.2024**
**Vorlage: VII/2021/02960**

---

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat beschließt den Bedarfs- und Entwicklungsplan Kindertagesbetreuung als Teilplanung der Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII für den Zeitraum vom 01.01.2022 bis 31.12.2024. (Anlage 1)

2. Der Stadtrat beschließt die gesetzliche Förderung gemäß § 11a KiFöG der im Bedarfs- und Entwicklungsplan ausgewiesenen Kindertageseinrichtungen und stellt die Finanzierung im Haushalt 2022, 2023 und 2024 sicher. (Anlagen 2a und 2b)

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer

Stadt Halle (Saale) 23.12.2021

**A u s z u g**

**aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 22.12.2021:**

**zu 8.22 Sozial- und Jugendhilfeplanung nach FamBeFöG LSA**
**Vorlage: VII/2021/03017**

---

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat stimmt der Fortschreibung der Sozial- und Jugendhilfeplanung nach dem „Gesetz zur Familienförderung und zur Förderung sozialer Beratungsstellen des Landes Sachsen-Anhalt (FamBeFöG LSA)“ für 2022 zu.

2. Unter dem Vorbehalt des Beschlusses des Haushaltsplanes 2022 wird dem Vorschlag der Verwaltung zum Planansatz 2022

   a) für die Suchtberatungsstellen und
   b) für die Ehe-, Lebens-, Familien- und Erziehungsberatungsstellen

   zugestimmt.

F.d.R.

_____
Maik Stehle
Protokollführer

Stadt Halle (Saale) 23.12.2021

**A u s z u g**

**aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 22.12.2021:**

**zu 8.23 Beitritt zur Rahmenvereinbarung über die Umsetzung des Paktes für den Öffentlichen Gesundheitsdienst**
**Vorlage: VII/2021/03437**

---

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt den Beitritt der Stadt Halle (Saale) zur Rahmenvereinbarung über die Umsetzung des Paktes für den Öffentlichen Gesundheitsdienst des Landes Sachsen-Anhalt.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer